

**D**ie Geschichte des Fremdsprachenunterrichts bezeugt eine enge und vielseitige Verflechtung der Bildungspraxis mit der in einer bestimmten Gesellschaftsformation herrschenden Ideologie sowie mit den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen eines Staates oder staatlicher Institutionen. In Abhängigkeit von den politischen Interessen und Bestrebungen der machtausübenden Klassen bzw. des Bildungsträgers wurden und werden die Ziele und Grundlagen dieses für die Einstellung und den Kontakt zu anderen Völkern so wesentlichen Bildungszustandes durch die Ideen des Fortschritts und Humanismus oder durch reaktionäre, der Ausbeutermentalität entsprechende theoretische Positionen und Praktiken bestimmt.

Der Fremdsprachenunterricht im früheren Deutschland in der Zeit von der Jahrhundertwende bis 1949 ist ein sehr deutliches Beispiel dafür, wie Anlage, Inhalt und Funktion des Fremdsprachenunterrichts umfassend durch die imperialistische Ideologie, durch die expansionistische Ziele der monopolkapitalistischen und nazistischen Machthaber geprägt wurden. Die nach der Zerschlagung des Faschismus notwendige grundlegende gesellschaftspolitisch-ideologische Umorientierung des gesamten Fremdsprachenunterrichts erfolgte jedoch in sehr unterschiedlicher Weise. Dort, wo die Arbeiterklasse unter Führung der SED die Macht ausübte begann — in der heutigen DDR — wurde der Fremdsprachenunterricht, unter Brechung des Bildungsmonopols, in den Dienst des Fortschritts, des sozialistischen Humanismus gestellt. Seit 1949 orientierten die höchsten Gremien der Partei und der Regierung mehrfach auf die Grundaufgaben des Fremdsprachenunterrichts, gaben sie die Hauptrichtungen der Entwicklung dieses Bildungszustandes an und setzten sich dafür ein, daß zur Realisierung dieser Vorhaben auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Der Fremdsprachenunterricht wurde immer mehr zu einem wesentlichen Faktor bei der allseitigen Bildung unserer Menschen, der Erziehung zur Achtung anderer Nationen, zur Völkerverständnis.

Im Unterschied dazu erfolgte in den früheren Westzonen, der heutigen BRD, lediglich eine oberflächliche, unverbindliche, im Grunde kläuselerische Formulierung von neuen Zielstellungen, die am Wesen der bürgerlich-reaktionären Klassenverhältnisse des Fremdsprachenunterrichts nichts ändern und Raum für alle Spielarten reaktionärer und reaktionärer Ideologie und deren Einwirkung auf die Jugendlichen wie Erwachsenen geben. Gegenwärtig zeigt sich in wichtigen Fragen eine durch das staatsmonopolistische System gesteuerte einheitliche Grundlinie der politischen Manipulation, deren Ausprägungsformen im Fremdsprachenunterricht vielfältig sind. Auffällig dabei ist der organische Zusammenhang zwischen der inneren Entwicklung des Fremdsprachenunterrichts als Teil des Bildungswesens in der BRD und der außenpolitischen Taktik gegenüber der DDR. Hier zeichnen sich in letzter Zeit Veränderungen ab.

Noch vor wenigen Jahren ließen das monopolkapitalistische Regime und seine bildungspolitischen Institutionen den Fremdsprachenunterricht in der BRD — methodisch am klassischen Lateinunterricht, ideologisch an der bürgerlich-idealistischen Philosophie orientiert — dämmern; sie engten ihn bei monochromen Fremdsprachen auf ein schulbuch betriebenes Gouvernanten-Eng-

## Unser Sieg ist Gesetz

Bildungswesen in zwei Gesellschaftssystemen

Dr. K. Buttke, Dr. G. Graustein, Sektion Theoretische und angewandte Sprachwissenschaft:

# Ideologie und Fremdsprachenunterricht

Sowjetunion — größter Buchproduzent der Welt



Prof. Dr. W. Müller schrieb in der UZ 41/71: „Unsere eigenen Erfahrungen als Hochschullehrer, die wir vor 20 Jahren als junge Assistenten des marxistisch-leninistische Grundstudium mit durchsetzen und entwickeln helfen, bestätigen, daß wir keine unserer damaligen Aufgaben hätten lösen können, wenn wir uns nicht in der Vermittlung des dialektischen und historischen Materialismus (wie auch der anderen Bestandteile des Marxismus-Leninismus) auf die sowjetischen Lehrbücher gestützt hätten, die erst in den folgenden Jahren in Übersetzung vorgelegt werden konnten.“ Mehr denn je gilt: Tempo, Qualität und Umfang des gesellschaftlichen Fortschritts werden maßgeblich davon mitbestimmt, mit welcher Qualität und in welchem Umfang die Ausbildung erfolgt.

Ideologieexport ist übrigens auch die Vermittlung der deutschen Sprache durch westdeutsche Lehrkräfte im Ausland, vor allem des Goethe-Instituts, unterstellt. Die Dominanz der genannten politischen Zielfaktoren in der Anlage des Fremdsprachenunterrichts in der BRD hat zur Auswirkung, daß die absolute Vorrangstellung des Englischen, gefolgt vom Französischen, unabgestimmt bleibt und dem Russischen nur das strategisch notwendige Minimum zugestanden wird. So begründen es erscheinen mag, daß die schallische Pflege des Russischen in der BRD sich erweitert (gegenwärtig wird an etwa 600 Oberschulen Russischunterricht erteilt), so wird bei näherer Betrachtung ersichtlich, daß etwa nur 3-4 Prozent der Oberschüler Russisch lernen und das oft nur in nebenunterrichtlichen Interessengruppen oder höchstens als 2. Fremdsprache. Selbst ein von der Unzufriedenheit mit der bisherigen Situation des Sprachunterrichts in der BRD geprägter Reformvorschlag zur Sprachlehrerausbildung sieht als Verkehrssprachen neben Englisch und Französisch Latein vor (!) und ordnet Russisch unter „weitere indogermanische Kultursprachen“, zusammen mit Griechisch, Schwedisch usw. ein (LuD 3, 1970, S. 242). Ausführungen einflussreicher Experten, wonach bei der Bestimmung des quantitativen Ausmaßes der Russischvermittlung zu berücksichtigen sei, in welcher Proportion in der Sowjetunion Deutschunterricht durchgeführt wird, weisen sowohl auf die auch in anderen Bereichen versuchte politische Geschäftsmacherei hin wie auf die Tatsache, daß man die Lehren der Geschichte bewußt ignoriert.

lisch und -Französisch ein und drosseln die längst notwendige breitere Einführung des Russischunterrichts unter verschiedenen Vorwänden, besonders mit dem Hinweis auf die „Gefahr“, daß mit ihm kommunistisches Ideengut eindringen könnte. Gleichzeitig versuchen sie wiederholt, sich mit unverhohlener Feindseligkeit in die Gestaltung des Fremdsprachenunterrichts in der DDR einzumischen und besonders eine allgemeine Frontstellung gegen das Studium der russischen Sprache zu organisieren oder zumindest zu propagieren.

### Tendenzen bildungspolitischer Taktik in der BRD

Damit ergaben sich bestimmte Tendenzen in der bildungspolitischen Taktik der BRD, die im Gesamtzusammenhang mit dem Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu betrachten sind und folgende Züge aufweisen:

Erstens sehen sich auf Grund des wachsenden Einflusses der Kräfte des Sozialismus in der Welt und der zunehmenden Ausstrahlungskraft der ökonomischen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Leistungen der Sowjetunion auch westdeutsche Schulbehörden genötigt, die Proportionen der schulischen Vermittlung der Fremdsprachen zu verändern und der russischen Sprache einen größeren Platz einzuräumen. Diese quantitative Umprogrammierung, durch Forderungen realistisch urteilender Kräfte mitbewirkt, erfolgt jedoch schleichend und wird von den maßgeblichen staatlichen Stellen unter dem Kalkül der staatsmonopolistischen Zielsetzungen, insbesondere der Bindung an das aggressive Faktensystem der NATO und den Bestrebungen nach Expansion südbürgerlicher, staatsmonopolistischer Gesellschaftsideologie gebremst. Dem

zielt weiterzuentwickeln und anzuwenden. Deklamationen von der Vermittlung eines „objektiven Bildes“ eines Volkes oder Staates sowie von allgemein-humanistischen Zielen sind lediglich taktische Varianten dieser „Neuorientierung“. Mit einer gewissen Zurücknahme plumper antisowjetischer Tendenzen in den Lehrmaterialien geht eine Verlagerung und Intensivierung der antikomunistischen Erziehung im Unterrichtsprozeß einher.

### „Sprachlabore“ gegen selbständiges Denken

Drittens: Sichtbarer Ausdruck der Veränderungen und auch entsprechend popularisiert sind demgegenüber neue technologische und methodische Formen. Sie lehnen sich eng an die in den USA und verschiedenen anderen kapitalistischen Ländern (England, Frankreich) entwickelten und verwendeten Verfahren an, werden aber zur Durchsetzung der genannten Inhalte benutzt. In erster Linie ist hier der massive Einsatz von Ton- und Bildträgern (bis zum industriellen Fernsehen) zu nennen, der meist unter dem Sammelbegriff „Sprachlabor“ eine Technisierung des Fremdsprachenunterrichts bedeutet, die gegenwärtig bereits mehr Schulen in der BRD erfährt, als die genannten 600 Schulen mit Russischunterricht. Diese Technisierung täuscht eine Entideologisierung des Sprachunterrichts vor, während sie in Wirklichkeit sehr stark ideologisch wirksam wird.

Eng zusammen damit hängt die methodische Grundlage vieler Varianten des Fremdsprachenunterrichts in der BRD. Diese orientieren sich an dem Behaviorismus amerikanischer Prägung, der den gesamten Bildungs- und Erziehungsprozeß auf das Reiz-Reaktion-Prinzip reduziert und damit das gedankenlose, fast papageienhafte Nachsprechen vorgegebener Sätze in den Vordergrund stellt. Die mit dieser Methode zu erreichenden Anfängererfolge gehen eindeutig zu Lasten der Entwicklung des selbständigen Denkens (vgl. English for Today, von H. Weber, Dortmund 1965 ff.) und sind damit wichtiges Mittel zur Durchsetzung der Doktrinen der herrschenden Klasse.

Verbunden mit dieser Technisierung und dem Prinzip der Nachahmung ist auch die Entwicklung kompletter Unterrichtsprogramme, bei denen der Lernprozeß auf weitgehend unabhängig voneinander verlaufende individuelle Lernvorgänge reduziert wird.

Selbst eine stärkere linguistische Ausrichtung des Sprachunterrichts, wie sie in dem angeführten Reformvorschlag gefordert wird, würde kaum etwas an dieser einseitigen Technisierung ändern und ebenso wenig das dialektische Wechselverhältnis von Sprache und Gesellschaft erfassen, auf dem die Bildungs- und Erziehungsarbeit im Sprachunterricht der DDR beruht.

Viertens versucht die mit dieser Bildungspolitik der BRD einhergehende Taktik gegenüber der DDR, diese neuen Inhalte und vor allem Formen des Unterrichts für Zwecke der ideologischen Diversion zu nutzen. Eine der wesentlichsten Methoden besteht dabei darin, mittels Vergleich des Fremdsprachenunterrichts bestimmte „Gemeinsamkeiten“ herauszustellen, die angeblich auf gleichartige Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in Form von Technisierung, Programmierung und dergleichen zurückführbar sind. Damit wird eine ideologiefreie internationale Tendenz

in der Entwicklung des Fremdsprachenunterrichts vorgetauscht.

Für den Sprachunterricht in der DDR gibt es keine einseitige Überbetonung der Technisierung, Programmierung und Individualisierung, weil er auf der Einheit von Erkenntnisgewinnung, Fähigkeitsentwicklung und sozialistischer Erziehung der einzelnen im Kollektiv im Rahmen eines schöpferischen Prozesses beruht. So ist der grundlegende Unterschied dieser Erscheinungen im Rahmen des Bildungswesens der DDR und der BRD und gleichzeitig die große positive Wirkung der sinnvollen Ausnutzung der Technik, wie sie z. B. durch den Fernsehkurs „English for you“ in der DDR erzielt wurde, zu verstehen.

Auf Grund solcher nicht zu überschätzender Fortschritte und Erfolge des Fremdsprachenunterrichts in der DDR, an dem alle Oberschüler mit einer und etwa die Hälfte mit einer zweiten Fremdsprache beteiligt sind, sieht man sich in der BRD zu gewissen Zugeständnissen oder anerkennenden Äußerungen genötigt z. B. daß unser Sprachunterricht „realistisch“ orientiert sei und vorbildliche Ergebnisse in der methodisch-sprachwissenschaftlichen Fundierung aufweise. Ausdruck solcher Taktiken sind u. a. die sich häufenden, oft ausführlichen Hinweise auf DDR-Publikationen in Fachzeitschriften der BRD. Auch hierbei wird geflissentlich verschwiegen, daß die gesellschaftlichen Grundlagen und Faktoren der Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und deren Einfluß auf die Entwicklung des Sprachunterrichts in den Gesellschaftssystemen des Sozialismus und des Monopolkapitalismus grundsätzlich verschieden sind.

### In der DDR: Einheit von Fremdsprachenausbildung und sozialistischer Erziehung

Ignoriert oder entstellt wird außerdem die ideologisch-erzieherische Komponente des DDR-Sprachunterrichts, die fest und unverrückbar auf dem sozialistischen Humanismus und dem proletarischen Internationalismus beruht und in allen Fremdsprachendisziplinen die Formung des heranwachsenden Staatsbürgers nach einem progressiven, auf Völkerverständnis ausgerichtetem Menschenbild einschließt.

Unbeirrt und erfolgreich schreiten die Fremdsprachenlehrer und Lehrerbildner in der DDR auf dem von der Arbeiterklasse und ihrer Partei gewiesenen Weg; sie lassen sich in ihrer Arbeit bei der sozialistischen Erziehung nicht durch solche Taktiken beeinflussen, sondern entfalten sie als Versuche am unantastlichen Objekt und ringen darum, gleichzeitig die führende Rolle des DDR-Fremdsprachenunterrichts im Vergleich zur BRD weiter auszubauen, um so die Überlegenheit und grundsätzliche Andersartigkeit unseres Bildungswesens zu unterstreichen. Auch für den Fremdsprachenunterricht gilt, was Minister Margot Honecker in ihrem grundlegenden Referat auf dem VII. Pädagogischen Kongreß sagte:

„Es bestanden und bestehen keine Gemeinsamkeiten zwischen marxistisch-leninistischen Auffassungen und imperialistischen Theorien in bildungsökonomischen, bildungssoziologischen und pädagogischen Fragen.“

(VII. Pädagogischer Kongreß der DDR 1970, Protokoll, S. 17)

Zumal kommunist er dort in der Hütte, die gleich hinterm Bahndamm versteckt liegt. Da hat er sich heimlich in Philosophie, Analyse sowie Dialektik. Mid kommt er nach Hause, er läßt seine Frau, und er spielt mit den Kindern verstecken. Die Kinder sind nicht durch und durch infiltriert, denn sie kennen im Haus alle Bewegten. Dann hört er sich die Platte mit der h-moll-Messe an, weil er nicht einmal privat mehr völlig unversiegt sein kann.

Dann zieht der Kommunist die Unterwandsstiefel aus, und dann kommt er sich von seinem schweren Unterjagdwerk aus. Huhu, huhu... Hu is hu?

(Dieter Süverkrüp, Erschreckliche Morität vom Kryptokommunisten)

Am 10. Oktober dieses Jahres fanden in Bremen, einem selbständigen Bundesland, die Bürgerschaftswahlen statt. (Die Bürgerschaft entspricht einem Landtag.) Zwar gelang es der DKP noch nicht, die 5-Prozent-Klausel zu überspringen, aber sie erreichte 3,1 Prozent und verzichte damit ein weitaus besseres Ergebnis als bei den Landtagswahlen 1970 in Bayern und in Hessen. Wenn sich der von der SPD — die in Bremen die absolute Mehrheit errang — geschlagene CDU-Politiker Cossens damit brüstete, daß seine Partei trotz der Niederlage gegenüber der SPD verhindert habe, daß die DKP in die Bürgerschaft einbezogen sei, so deutete er damit nur an, welches antikomunistische Pfegefeuer von den Satrapen des Herrn Barzel in Vorbereitung auf

Die DKP vor dem Düsseldorfer Parteitag (IV und Schluß)

## Bremen: Bringt roten Pfeffer 'rein!

die Bürgerschaftswahlen in Bremen entsetzt worden war. Die DKP, die sich das erste Mal an Wahlen in Bremen beteiligte, mußte sich nicht nur gegen die antikomunistischen Angriffe wehren, sondern darüber hinaus der Wahlpropaganda von SPD, CDU, FDP und NDP standhalten. Nach Presseberichten glich die Stadt Bremen vor dem 10. Oktober 1971 einem Wald von Plakatwänden und Litfaltschildern. So warb die CDU mit „Hallo Freunde!“ und „Zielbewußt und besser“, bei der SPD hieß es: „Unser bester Mann: Hans Koschnick, SPD, Bremen bleibt in guten Händen“; die FDP stellte sich als Reformpartei der Mitte vor und die Neonazis traktierten „Ordnung schaffen“. Ihre Wahlplakate waren jedoch oft mit den zwei Worten „wie 1933“ von Antifaschisten übermalt worden. Die NDP erreichte 1,8 Prozent gegenüber 0,8 Prozent im Jahre 1964 und ist damit in der Bürgerschaft nicht mehr vertreten. Gegen diese politisch unverbindlichen Lösungen stellte die DKP ihre eindeutigen Wahlforderungen auf: „Für alle, die arbeiten, Konten Großkapital“ oder „Herunter mit der Rüstung, Baut Wohnungen und Schulen“.

Die DKP, die sich in erster Linie gegen die CDU und die NDP wandte, erreichte bzw. hat einen hohen Anteil daran, daß die CDU weniger Stimmen als zu den Bundestagswahlen erhielt und daß die NDP eine absolute Niederlage erlitt. Mit Unterstützung der Genossen vor allem aus Nordrhein-Westfalen hat die DKP in Bremen sehr viel Ideenreichtum im Wahlkampf bewiesen. Ihre Funktionäre und Mitglieder opfereten Zeit, Kraft und Geld, um mit Informationsständen, durch Flugblattaktionen und Autokorso sowie sogenannte Politiken die Mauer des Antikomunismus zum Bröckeln zu bringen. Sie wurden dabei vorbildlich von den Mitgliedern der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und dem Marxistischen Studentenbund „Spartakus“ unterstützt. Beide Organisationen haben in der letzten Zeit ihre Mitgliederzahl beträchtlich erhöht und an Einfluß unter der Jugend gewonnen. Das mußte zehnfachend sogar der Korrespondent der FAZ zugeben, der in seinem Bericht über den von der SDAJ veranstalteten Solidaritäts-Kongreß in Bremen schrieb: „Es schien vielmehr in der Pädagogischen Hochschule des Bundeslandes Bremen um die sichtbare Anerkennung des marxistischen Studentenbundes Spartakus“ zu geben, der nach seiner Gründung im Mai einen be-

achtlichen Aufschwung nahm und jetzt gegen 40 höchst aktive Hochschulgruppen zählt. Selbst die Bonner Regierung scheint es mit der Angst bekommen zu haben. So teilte die Zeitschrift „konkret“ unter der Überschrift „Spartakus-Verbot“ unlangst mit: „Hauptangriffspunkt für Kommentatoren der ver-

einigten Rechtspreße wird immer mehr der an den Hochschulen erfolgreiche Marxistische Studentenbund „Spartakus“. Die Bundesregierung hält es für verfehlt, schon jetzt ein abschließendes Urteil über diese Vereinigung zu treffen... Die Staatssekretärin Hildegard Hamm-Bricher ist über eine künftige Entscheidung der Bundesregierung bereits informiert: „Das Verbot ist fällig“. Auch Staatssekretär von Dohmann ist der Meinung, daß das ein Krebsgeschaden werden kann“.

Ebenso wie die DKP bei den Bundes- und Landtagswahlen hat auch Spartakus bei den Asta-Wahlen an den Universitäten und Hochschulen einen schweren Stand. Zunächst bewirbt sich eine Vielzahl von Vereinigungen, Gruppierungen, Gruppen und Grüppchen um die Sitze. So stellen zu den letzten Asta-Wahlen an der Ruhruniversität in Bochum Kandidaten auf: BSU (Bochumer Studentunion), SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund), RCDS (Ring christlich-demokratischer Studenten), Spartakus, Junge Garde, Anarcho-Syndikalist, Aktion Urmel, RKJ (Revolutionäre Kommunistische Jugend), REL (Rote Einheitsliste = KPD-ML u. a.), SAG (Sozialistische Arbeitsgruppe), UFG (Unabhängige Fachschaften - Gemeinschaft) und Un-

abhängige. Hinter den revolutionär klingenden Namen verbergen sich marxistische und trotzkistische Gruppierungen, die sich vor allem gegen Spartakus richten, aber sich auch untereinander heftig bekämpfen. In der Wahlpropaganda stehen die studentischen Vereinigungen den etablierten Parteien nicht nach. Der SHB warb z. B. mit einem Bild unbedeckter Gestalten beiderlei Geschlechts und der Losung: „Wir geben das letzte für euch“. Eine andere Losung lautete: „Warum denn gleich in die Luft gehen? Greife lieber zum SHB, dann geht alles wie von selbst! SHB wählen heißt frohen Herzens politisieren.“ Übrigens errang Spartakus in Bochum 400 von 4814 Stimmen und damit drei Sitze.

Für die Arbeit des Spartakus ist das Hochschulprogramm der DKP Leitfadend und Richtschnur. Im Kampf für eine demokratische Hochschulreform hat die Partei drei Aufgaben gestellt: die demokratischen Rechte der Studentenschaft zu verteidigen und zu erweitern, die Arbeit der Organisationen der Arbeiterbewegung gemeinsam mit Sozialisten und Demokraten an den Hochschulen zu verstärken sowie die Mitbestimmung an den Hochschulen zu erlangen und zu erweitern, den Einfluß der antimonopolistischen Kräfte auf die gesamte Wissenschaftspolitik geltend zu machen und dem herrschenden Großkapital in allen Bereichen entgegenzutreten.

Günter Katsch